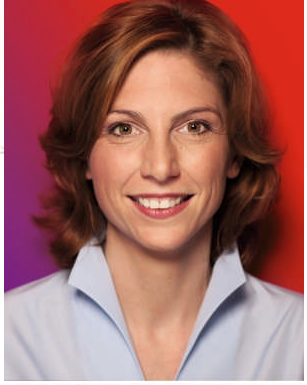


24 / 2013 www.SBL2013.de 20.12.13

Infoservice

# Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
kurz vor Weihnachten haben wir dann noch die „Bescherung“ geschafft ;) . Nach einem überaus erfolgreich durchgeführten Mitgliedervotum und einer großen Zustimmung haben wir seit Dienstag dieser Woche nun wieder eine Bundesregierung und die Arbeit kann beginnen.
Die Minister und parlamentarischen Staatssekretäre sind ernannt, der geschäftsführende Fraktionsvorstand gewählt- nun fehlen nur noch die Besetzungen der Ausschüsse. Diese finden Anfang Januar statt, so dass wir in der ersten Sitzungswoche 2014 endlich unsere Arbeit aufnehmen können. Wo es mich hin verschlagen wird, steht noch nicht fest. Fest steht jedoch, dass ich mich mit großem Engagement auch in den nächsten vier Jahren sowohl in Berlin als vor allem auch im Wahlkreis einsetzen möchte! Das Jahr 2013 war sehr aufregend mit einem tollen Wahlkampf, einem schlechten Wahlergebnis und einem Jahresabschluss, den wir so sicherlich nicht erwartet hätten. Nun gilt es nach vorne zu schauen und den Koalitionsvertrag und unsere Ziele umzusetzen. Ich danke euch für eure Zusammenarbeit und Unterstützung und wünsche euch und euren Familien fröhliche Weihnachten und ein gesundes Jahr 2014! Herzlichst

*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de**


## Topthema

**Große Koalition – Die Arbeit kann beginnen**

Vor mehreren Hundert Gästen waren am Montagmittag die Partei- und Fraktionsspitzen von CDU, SPD und CSU im Atrium des Paul-Löbe-Hauses zusammengekommen, um offiziell den Koalitionsvertrag für die Legislatur zu unterzeichnen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) eröffnete die Feierlichkeit mit einer kurzen Begrüßungsrede. Darin dankte sie den Verhandlungspartnern von SPD und CSU für offene und faire Verhandlungen. Merkel: "Dieser Koalitionsvertrag ist eine gute Grundlage" und werde vielen Menschen zu einer guten Zukunft verhelfen.
Unser Parteichef Sigmar Gabriel dankte Merkel und Seehofer und stellte fest, die langen Sondierungsgespräche hätten sich "gelohnt", denn der Koalitionsvertrag solle nicht gut für Parteien und Fraktionen sein, "sondern gut für die Menschen". Die künftige Bundesregierung stehe vor einer europapolitischen Herausforderung und der Energiewende, aber vor allem sei der Vertrag für die kleinen Leute, für Familien und Menschen in Ausbildung. Er lud alle ein, "mit dieser Bundesregierung zu reden", zu sagen, wo was besser werden müsse. Gabriel zitierte Willy Brandt:
"Politik besteht immer aus Kompromissen, aber bessere Kompromisse gibt es mit Sozialdemokraten".
CSU-Parteichef Horst Seehofer lobte den Koalitionsvertrag als "zukunftsorientiert". Es kämen damit "gute Jahre für Deutschland". Er kündigte an, die CSU werde "ein eigenständiger, aber verlässlicher Partner" sein.
Im Anschluss wurde der Koalitionsvertrag unterzeichnet.
Am Nachmittag kam unsere Bundestagsfraktion zusammen, um einen neuen Vorsitzenden zu wählen - Thomas Oppermann wurde mit 91 Prozent gewählt.
Nun ist die neue Bundesregierung vereidigt. Die Regierung und die Koalitionsfraktionen können deshalb nun umgehend ihre Arbeit aufnehmen.

## Bildung

**Ausbildungsplätze – Viele junge Menschen suchen noch!**

Die aktuellen Ausbildungszahlen zeigen, dass wir längst nicht über den Berg sind. Über 83.000 ausbildungswillige und ausbildungsfähige junge Menschen haben noch keinen Ausbildungsplatz gefunden, die Zahl der Ausbildungsverträge geht weiter zurück. Wer wie die bisherige Bundesregierung auf eine „demografische Lösung“ durch die sinkende Nachfrage gesetzt hat, lag eindeutig falsch.
„Vielen jungen Menschen drohen Lebens- und auch Zukunftschancen verloren zu gehen, wenn wir nicht aktiv gegensteuern. Deshalb haben wir in den Koalitionsverhandlungen mit der Union die Ausbildungsgarantie durchgesetzt. Dazu muss die Ausbildungsgarantie mit einem Dreiklang von Maßnahmen mit Leben füllen. Der Übergang von der Schule in die Ausbildung muss gestärkt werden. Dazu sollten die erfolgreiche Berufsorientierung und die Berufseinstiegsbegleitung ausgebaut werden, die bisher auf 1.000 Schulen begrenzt sind.
Und das Modell der assistierten Ausbildung für betriebliche duale Ausbildungsgänge ist geeignet, um die Ausbildungsschwelle für Unternehmen wie für die Schulabgänger spürbar zu senken.
Drittens sollte der Ausbildungspakt umgebaut werden, um die Wirtschaft wieder stärker in die Pflicht für mehr Ausbildungsplätze zu nehmen. Der Negativrekord bei ausbildenden Betrieben darf nicht hingenommen werden. Und man wird hier über die Ausbildungsqualität reden müssen, weil in einigen Branchen über 60 Prozent der Ausbildungen abgebrochen werden.
Damit gehen immer noch zu viele Fachkräftepotenziale verloren, was sich Deutschland nicht leisten kann.
Die neue Ausbildungsbilanz stützt somit insgesamt die geplanten Initiativen in der Beruflichen Bildung des Koalitionsvertrages.“

## Finanzen

**Finanztransaktionssteuer – Der Widerstand bleibt!**

Die aktuelle Kampagne der deutschen Finanzwirtschaft gegen die nationalen Finanztransaktionssteuern in Frankreich und Italien zeigt von neuem:

Fast manisch tut die Finanzwirtschaft alles, um Steuern auf Finanzgeschäfte zu verhindern. Dabei muss keine einzige Bank oder Sparkasse wegen dieser Steuer um ihre Zukunft bangen.

„Denn weder die nationalen Steuern, gegen die die deutsche Finanzwirtschaft jetzt Beschwerde bei der EU-Kommission eingelegt hat, noch die Pläne zu einer europäischen Finanztransaktionssteuer, die zur Zeit in Brüssel verhandelt werden, sind eine echte Bedrohung für die Finanzbranche: Jeder Bank und Sparkasse wird es möglich sein, sich auf die überfällige Besteuerung der Finanzgeschäfte einzustellen.

Die Finanzwirtschaft hat sich völlig an der Realität vorbei einen richtigen Popanz aufgebaut. Anstelle ihrer Beschwerden gegen existierende nationale Steuern sollte die Finanzwirtschaft die Pläne für eine einheitliche Finanztransaktionssteuer möglichst in der ganzen EU unterstützen.

Das Problem vermeintlicher Ungleichbehandlungen beziehungsweise Kapitalverkehrsbehinderungen wäre dann sicher viel geringer.“

## Europäische Union

**Flüchtlinge – Die Menschenwürde gilt für Alle!**

Die Europäische Union hat sich verpflichtet, Flüchtlingen ein wirksames Asylverfahren und menschenwürdige Aufnahmebedingungen zu garantieren. Wir wollen möglichst schnell eine neue alters- und stichtagsunabhängige Regelung in das Aufenthaltsrecht einfügen. Außerdem soll die Bearbeitungsdauer von Asylverfahren auf höchstens drei Monate verkürzt werden.

„Die Europäische Union hat sich verpflichtet, die Rechte der Flüchtlinge zu wahren. Jeder Flüchtling hat ein Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit. Die EU sollte im kommenden Jahr 2014 ein wirksames System zur Rettung von Flüchtlingen aus Seenot aufbauen, um dieses Recht zu verwirklichen. Denn es muss vermieden werden, dass alljährlich hunderte Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken. Die EU-Staaten haben sich verpflichtet, dieses Recht zu verwirklichen.

Dazu gehören auch ein wirksames Asylverfahren und menschenwürdige Aufnahmebedingungen für die Flüchtlinge. Auch in diesen Bereichen muss das Gemeinsame Europäische Asylsystem verbessert werden. Wir haben im Koalitionsvertrag mit CDU und CSU einige Verbesserungen im Asylrecht erreicht. Wir wollen zum Beispiel eine neue alters- und stichtagsunabhängige Regelung in das Aufenthaltsrecht einfügen. Außerdem wollen wir die Bearbeitungsdauer von Asylverfahren auf höchstens drei Monate verkürzen. Besonders wichtig ist auch der von uns beabsichtigte Vorrang des Jugendhilferechts für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge vor dem Asyl- und Aufenthaltsrecht.

Wir wollen diese Verbesserungen möglichst bald gesetzgeberisch verwirklichen und auf europäischer Ebene weitere Anstöße zur Wahrung der Menschenrechte geben.“

## Bonbon

**"Wir sind keine Erwählten, wir sind Gewählte!"**

**(Willy Brandt, SPD)**

## Verbraucherschutz

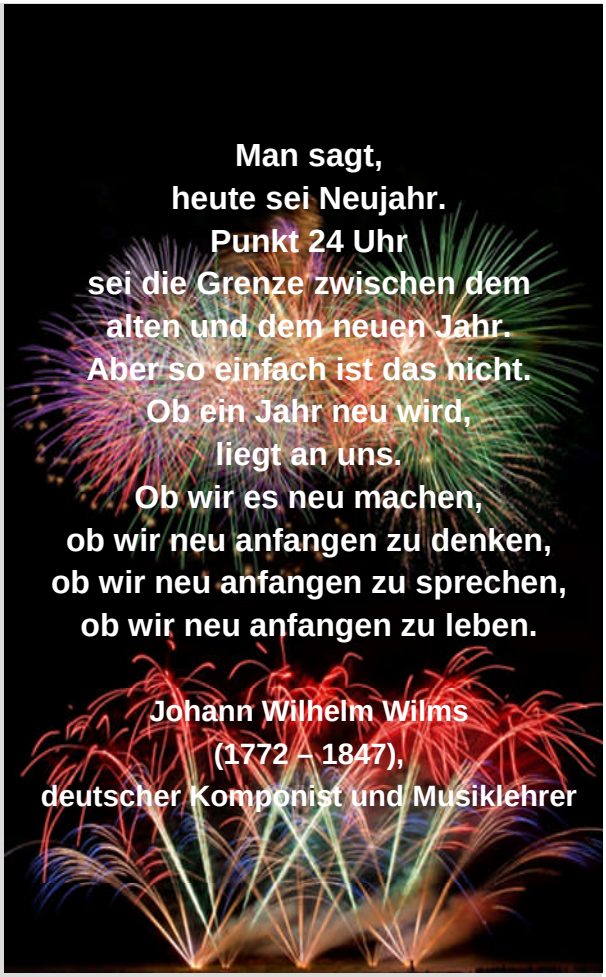
**Amflora –Gentechnische Kartoffel kommt nicht!**

Die Entscheidung der EU-Richter gegen die Zulassung der gentechnisch veränderten Kartoffel „Amflora“ ist ein deutliches Signal an die EU-Kommission und an die Politik: Mögliche Folgen für Gesundheit und Umwelt müssen im Zulassungsverfahren stärker berücksichtigt werden.

„Zwar wird die Amflora in Deutschland seit 2011 nicht mehr angebaut, aber der Richterspruch zeigt auch für die Zukunft: Die Vorbehalte der Verbraucherinnen und Verbraucher dürfen nicht einfach übergangen werden. Wir haben im Koalitionsvertrag die Bedenken der Mehrheit der Bevölkerung gegenüber der "grünen Gentechnik" aufgenommen.

In den kommenden vier Jahren wird es darum gehen, alle anstehenden Entscheidungen konsequent daran auszurichten und den berechtigten Vorbehalten der Verbraucherinnen und Verbraucher entsprechend umzusetzen.

Dafür werden wir uns einsetzen. Bereits 2010 hatte das Bundesverfassungsgericht darauf hingewiesen, dass gentechnisch verändertes Material in der Umwelt nicht rückholbar und die langfristigen Folgen nicht geklärt sind.

Das Gericht verwies auf die besondere Sorgfaltspflicht des Gesetzgebers, der nach Artikel 20a des Grundgesetzes den Auftrag habe, „in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen.“

Dieser Auftrag muss endlich konsequent erfüllt werden.“